

Institutionen/Gründung in Dresden

Eine Erinnerung zu Karl-Siegbert Rehbergs achtzigstem Geburtstag

»Wenn die Moderne v.a. durch jenen [...] »Polytheismus der Werte« gekennzeichnet ist«, von dem Max Weber sprach – so hat es Karl-Siegbert Rehberg einmal formuliert –, dann »bedarf es einer Wissenschaft, welche die Unterschiedlichkeit der »Kulturbedeutungen« zum Fundament ihrer Fragestellungen macht.« Als diese Wissenschaft lasse sich die Soziologie dann konzipieren, wenn man ihren spezifischen »Eigensinn« [...] in ihrer perspektivischen Pluralität [sieht]. Deswegen hat sie eine Affinität zur Moderne: Soziologie wäre – so verstanden – eine Disziplin der Metabeobachtung, ein Reflexionsfach und schon deshalb auf eine Vielfältigkeit der Perspektiven und Methoden angewiesen.«

Diese Soziologie beschreibt sich also selbst als eine Form der Fremdbeschreibung. In der Tradition der Philosophischen Anthropologie geht sie einerseits für ihre Objektseite von der »exzentrischen Positionalität« (Plessner) der Menschen in der Welt aus. Andererseits beansprucht sie allerdings solche Exzentrizität zugleich als ihr methodisches Prinzip. Abstandnahme ist ihr eine konstitutive Bedingung der Möglichkeit, »perspektivische Pluralität« entfalten zu können. Um es auf eine hier unvermeidbare Weise paradox zu sagen, hält sich diese Soziologie an Peripherien als den intellektuell privilegierten Orten einer Welt auf, die zumal in dem Sinne modern ist, dass sie keine Zentralperspektive mehr kennt. Wie Wahrheit, Macht, Legitimität, Ordnung, Normativität und vieles andere begegnet Zentralität in dieser Welt allein als ein Anspruch, der in komplexen Anspruchskonkurrenzen geltend gemacht werden muss und bestritten werden kann.

Periphere Positionierung und Pluralismus der Perspektiven also, sie hängen systematisch zusammen. Für den Soziologen Karl-Siegbert Rehberg und für sein Denken sind sie konstitutive Figuren. Und in der Tat: Exzentrisch positioniert waren wir nicht nur in einem anthropologisch grundsätzlichen theoretischen Sinne. Wir waren es in Dresden und vor nunmehr dreißig Jahren auch auf eine lebensweltlich unvorhergesehen konkrete Weise, und zwar in räumlicher ebenso wie in allgemein sozialer und auch in näherhin akademischer Hinsicht.

Vor allen »Verkehrsprojekten Deutsche Einheit« musste man von München aus um die halbe Tschechische Republik herumfahren und von Aachen auf überwiegend schlechten Straßen oder Schienen einmal quer durch die

ganze Bundesrepublik reisen, um dann hier in Gebäuden zu lehren und zu forschen, die ihren Vorbesitzer, die Nationale Volksarmee noch keineswegs verleugnen konnten. Sozial exzentrisch waren wir als, wie man damals sagen konnte: »Wessis« in der frühen Post-DDR. Wir nahmen uns als höchst privilegierte Beobachter wahr inmitten eines enorm tiefgreifenden, dynamischen, verunsichernden gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Und als neuberufene Sozial- und Kulturwissenschaftler an einer durchaus selbstbewusst technisch-naturwissenschaftlich geprägten Universität waren wir zudem selbst innerhalb der ihrerseits ja exzentrischen akademischen Welt noch einmal in einer gewissen Außenseiterrolle. Zuweilen fühlten wir uns skeptisch beäugt von Kollegen, von denen manche gerade deswegen Ingenieur geworden waren, weil dies früher einmal eine gewisse Neutralität versprochen hatte gegenüber den Zumutungen einer »wissenschaftlichen Weltanschauung, die zumal auch von den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften vertreten worden war.

Schwerlich hätte irgendetwas interessanter sein können und mehr Beobachtungs- und Reflexionsstoff bieten können für den Gesellschaftstheoretiker und Kultursociologen Rehberg. Kaum ein anderer in der alten Bundesrepublik sozialisierter Wissenschaftler, so darf man wohl sagen, hat so früh und so grundsätzlich seine neue, seine zunächst – und in mancher Hinsicht ja unverändert – unvertraute Umwelt in der Transformationsgesellschaft Ostdeutschlands so eindringlich wie er zum Gegenstand soziologischer Analyse gemacht: die Nischengesellschaft der DDR mit ihren Überständen einer Art von Bildungsbürgertum am Dresdner Elbhang oder in Radebeul, die in den plötzlich »alten« Ländern längst atrophiert war; die sozialistische »Staatskunst« und die Rezeptionskämpfe um sie bis heute; die Gesellschaft Dresdens, die über alle politischen Systembrüche hinweg in eigener Weise eindringliche Stadtmythen ebenso produziert wie auch das xenophobe, aggressiv gekränkte Rebellentum von PEGIDA. Und selbstverständlich wandte sich der soziologische Scharfblick auch den institutionellen Transformationsprozessen der Universität und ihres symbolischen Apparats zu – vom Universitätsnamen bis zum Talar des Rektors, der wie Hermelin aussehen sollte, tatsächlich aber aus Kaninchenfell war.

Der exzentrische Ort, den der Soziologe vor gut dreißig Jahren lebenspraktisch eingenommen hatte, stimmt zu seinem Verständnis von Soziologie als einer »Disziplin der Metabeobachtung«. Das begriffliche Instrumentarium dafür wurde seit der Dissertation »zu einer perspektivischen Soziologie der Institutionen« (RWTH Aachen, 1973) immer weiter ausgebaut. Rehberg hat

dazu die Denkbestände der Philosophischen Anthropologie historisch rekonstruiert und die Theorien ihrer politischen Antipoden Helmuth Plessner und Arnold Gehlen miteinander verknüpft. So konnte er sie für eine Gesellschaftstheorie der Moderne systematisch fruchtbar machen und sie zugleich auf eine historische Soziologie im Sinne von Max Weber oder Norbert Elias hin öffnen.

Man mag das Kultursoziologie nennen. Doch handelt es sich entschieden um das Gegenteil einer bloßen Bindestrich-Soziologie. Weil Menschen im Sinne Plessners und Gehlens »von Natur aus« Kulturwesen sind, eben deswegen können die Gesellschaftswissenschaften das Symbolische, Performative und Ästhetische, können sie Kulturelles, Künstliches und Künstlerisches nicht auffassen als etwas, das zu den Strukturen und Prozessen des Sozialen, sozusagen sekundär, hinzuträte. Sie haben all dies vielmehr selbst als Konstitutionsform des Sozialen zu begreifen.

Der Rehbergsche Problemtitel dafür lautet Institutionalität. Einerseits markiert er einen gewissen Anschluss an Gehlens Institutionentheorie. Andererseits bezeichnet er zugleich eine unterscheidende Weiterentwicklung, und zwar insbesondere in dreierlei Hinsicht. Anders als in den meisten Institutionentheorien seit Emil Durkheim wird – erstens – »Institutionalität« nicht als eine den Instinktverlust des Menschen kompensierende und insofern gewissermaßen ontologische Kategorie gefasst, sondern als analytische. Zweitens ist diese analytische Kategorie prozessual und so konzipiert, dass eine Teleologie wie zum Beispiel diejenige endloser Differenzierung bei Niklas Luhmann gerade vermieden sein sollte: Das Institutionelle sind immer dynamische Geschehnisverflechtungen der Institutionalisierung und De-Institutionalisierung, die ihre Kontingenz, Unwahrscheinlichkeit und Prozessualität verbergen, um gerade so Stabilität, Dauer, fortwährende Geltung einer sozialen Konfiguration zu suggerieren. Und drittens wird Institutionalität spezifisch bezogen auf die symbolische Präsentation der Prinzipien und Geltungsansprüche von Ordnungsarrangements.

In aller Kürze und in allem Ungefähr stellte sich so etwa die lebensweltliche und theoriegeschichtliche Lage im Frühjahr 1994 dar. Auf dem Altmarkt wurden die versengten Sandsteinrümmer der Frauenkirche in lange Stahlregale sortiert, auf der Dresdner Heide der Grundstein für das erste neue Halbleiterwerk gelegt, als der Münsteraner Mittelalterhistoriker Gert Melville einen Ruf nach Dresden annahm und seine eigenen Interessen an »Institutionen als geschichtswissenschaftliches Thema« mitbrachte. Zwei

Impulse kamen so zusammen, ein soziologischer und ein geschichtswissenschaftlicher. Wie das geschah, das illustriert eine kleine Anekdote von der Erstbegegnungen der neuen Dresdner Kollegen; wie alle institutionellen Arrangements haben eben auch Forschungsverbände eine Eigengeschichte, in der sie symbolisch Dauer und Geltung beanspruchen.

»Sie interessieren sich ja auch für Institutionen.« So kam der Soziologe auf das gemeinsame institutionentheoretische und -geschichtliche Thema. »Da könnten wir ja mal gemeinsam ein Seminar drüber machen.« Und so tastend das geschah, so dezidiert erging Melvilles Antwort: »Wir machen kein Seminar, wie machen einen Sonderforschungsbereich.« Als er mir von diesem Dialog erzählte, da stand Bert Rehberg der Schrecken noch ins Gesicht geschrieben. Und natürlich hat er ihn habituell durch ironische Reflexivisierung abgefedert. Der Mann sei nett, aber doch ein wenig größenwahnsinnig. Gleichwohl war dies in gewisser Weise ein Ursprungsmoment; und zwar in jenem systematisch genauen Sinne, dass jeder Ursprung seine Vorgeschichten kappen muss, um einen Neubeginn entstehen lassen zu können.

Selbstverständlich gibt es einen förderpragmatischen Hintergrund, doch tut der hier nichts zur Sache. Die Anekdote erzählt ja von der sozusagen »mythischen« Gründung des Sonderforschungsbereichs 537 »Institutionalität und Geschichtlichkeit« der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die geschah zu einer Zeit, da ich selbst nach drei Antragspleiten in Bonn davon ausging, mit der DFG künftig nichts mehr zu tun zu haben. Und sie markiert den Beginn einer Phase, die jedenfalls für die meisten der Beteiligten mit einem der intellektuell produktivsten Forschungszusammenhänge verbunden bleibt, die wir uns vorstellen konnten, ja eigentlich bis heute vorstellen können. Historiographisch wie kulturtheoretisch fruchtbar war die Aufwässerung der Perspektiven auf ganz unterschiedliche historische und sachliche Kontexte, vor allem aber die Umstellung der analytischen Aufmerksamkeit. Anstelle von »von fixen Ordnungen«, um es mit Rehbergs Worten zu sagen, studierten wir »Ordnungsbehauptungen«. Nicht die »unbefragten Geltungen« waren interessant, sondern die »Geltungsansprüche« und jene Mechanismen, welche diese Ansprüche der Bestreitbarkeit in Geltungskämpfen zu entziehen suchen. Von Leitideen verschob sich der analytische Blick auf Leit-Widersprüche und ihre Spannungssynthesen, »von institutionellen Normerfüllungen« auf »Handlungs- und Rollenstilisierungen.« Und intellektuell besonders produktiv war ein Problemrahmen, der angelegt war auf engste Kooperation von systematischen und historischen Sozial- sowie von Kultur- und Kunstwissenschaften. Man könnte von – s.v.v. emphatischer –

Interdisziplinarität sprechen: Nicht tayloristische Arbeitsteilung stand im Vordergrund, sondern die gegenseitige intellektuelle Irritation.

Es versteht sich wie von selbst: Wenn man nicht nach dem quasi-mythischen Ursprung fragt, sondern nach den strukturellen Bedingungen der Möglichkeit des Dresdner Institutionalitäts-SFB, dann sieht man etwas gänzlich anderes als das, wovon die Anekdote erzählt. Man sieht dann Fächer und Fakultäten, die in einer Phase des Neuaufbaus relativ wenig Rücksicht auf lokale Anciennitäten verlangten. Auf der anderen Seite gab es die Rechtfertigungszwänge einer technischen Universität, der wir zeigen wollten, dass wir ernst zu nehmen seien und bei ihrer strukturellen Entwicklung ein Wort mitreden wollten. Natürlich gab es ein paar glückliche persönliche Konstellationen, und auch die unglücklichen fehlten nicht, doch beförderten sie zugleich immerhin die soziale Integration der Forschungsgruppe durch Exklusion. Zu den strukturellen Rahmenbedingungen des Dresdner Verbundprojektes gehörte überdies eine förderpolitische Phase, in welcher eine ganze ›Generation‹ von Sonderforschungsbereichen Grundbegriffe der Kulturwissenschaften wie Schriftlichkeit, Erinnerung, Ritual, Performativität oder Alterität durchdeklinierte. Und es gehörte dazu das sächsische Wissenschaftsministerium, das seine fördernde Aufmerksamkeit auf Leipzig als den gegebenen Ort kultur- und sozialwissenschaftlicher Forschung in Sachsen richtete und das wir auf das Freudigste überraschen konnten, indem wir den ersten geisteswissenschaftlichen SFB in den neuen Bundesländern ausgerechnet an die Dresdner TU holten.

Bevor ich allzu erinnerungsselig werde, breche ich ab. Es ist ja klar, dass auch der Institutionalitäts-SFB ein Arrangement war, das auf seiner epistemischen wie auf seiner sozialen Seite einer institutionellen Analyse zugänglich ist. Aber sagen will ich doch, dass es ein paar intellektuell besonders aufregende Jahre waren. Und dass sie einige erinnerungswürdige Momente hervorbrachten; etwa als beim sogenannten DFG-Beratungsgespräch 1996 in Bonn der von Bernhard Waldenfels gehegte Teleologie-Verdacht gegen unser Forschungsprogramm nicht ausgeräumt werden konnte oder als Jürgen Habermas im Dezember 1998 im größten Dresdner Hörsaal unsere theoretische Herausforderung seiner Diskurstheorie annahm.

Und ich möchte den persönlichen Dank dafür hinzufügen, dass man nicht leicht woanders in so kurzer Zeit so viel lernen konnte – sogar und erst recht fürs Leben als Wissenschaftsfunktionär! –, wie von Karl-Siegbert Rehberg und in den Diskussionen über Institutionalität und Geschichtlichkeit.

Peter Strohschneider

In memoriam Jürgen M. Pelikan (21. Januar 1940 – 11. Februar 2023)

Jürgen Pelikan ist, bis zuletzt aktiv in der Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie der DGS, am 11. Februar als emeritierter Professor für Soziologie der Universität Wien im 84. Lebensjahr gestorben. Geschichte hat er als Vermittler geschrieben. Das wird an seiner universitären Karriere nur unzureichend deutlich: Nach seiner soziologischen Habilitation mit 41 Jahren an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, an der er von 1972 bis 1982 als Universitätslektor gearbeitet hatte, ging er 1981 als hauptberuflich Vortragender an die Verwaltungsakademie des Bundes in Wien. Von 1985 bis 1991 und 1995 bis 2004 war er Vorstand des Instituts für Soziologie in Wien. Pelikans Lebenslauf belegt sein inhaltliches Interesse an Gruppendynamik, an Medizin- und Gesundheitssoziologie und vor allem an eher nebenuniversitären Fort- und Weiterbildungen: Mit knapp 40 Jahren engagierte sich der psychotherapeutisch ausgebildete Pelikan, entscheidend unterstützt und auch behütet von dem älteren Sozialpsychiater Hans Strotzka, im Zuge der Psychiatriereform in der Gründung des Wiener Ludwig-Boltzmann-Instituts für Medizin- und Gesundheitssoziologie, das er nebenberuflich bis 1989 gemeinsam mit Strotzka, anschließend – als Strotzka die Leitung abgab – bis 2007 allein führte. Mit 68 Jahren wurde er Key Researcher des Programms Gesundheitsförderndes Krankenhaus an diesem Institut. Vor allem leitete Jürgen Pelikan durchaus untypisch in seiner gesamten Laufbahn, insbesondere zusammen mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund, Management-Weiterbildungen außerhalb konsekutiver Hochschul-Studiengänge, sogenannte »Universitätslehrgänge« für lehrendes und leitendes Personal (Organisationsentwicklung). Ebenfalls nebenamtlich fungierte Pelikan seit 1992 als Direktor des WHO-Kooperationszentrums für Gesundheitsförderung im Krankenhaus und Gesundheitswesen. Schon diese Lehrgänge und Einrichtungen bezeugen ihre Herkunft aus den Aufbruchsbewegungen der siebziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als Studierende der Medizin, Pflegeschüler:innen, Selbsthilfegruppen, chronisch Kranke, Gewerkschafter:innen des Gesundheitswesens, private Heiler:innen überall als Teil der Ökologiebewegung programmatisch antikapitalistische Gesundheitsläden,¹ feministische Frauengesundheitszentren, gegen die so genannte »Schulmedizin« gerichtete Selbsthilfegruppen, Gesundheitstage und Gesundheitsbewegungen entstehen lie-

1 Zum Beispiel die Untergruppe »AG Blasenkrebs bei/durch Höchst«.

ßen. Eine der damals von den studentischen Fachschaften der Medizin gegründete Zeitschrift »Dr. med. Mabuse« blüht noch heute.² Pelikan gehörte dieser studentischen Gründergeneration nicht mehr an, er war zehn Jahre, also mindestens eine Bewegungs-Generation älter. Aber er war in seinem langen Studium weit herumgekommen: Berlin, London, Hamburg, Wien, bis er mit 30 Jahren promovierte und als Postdoctoral Fellow der Ford Foundation an der Columbia University in New York weiterstudierte. Vor allem befähigten ihn sein Alter und seine gesammelten institutionellen Erfahrungen, Impulse dieser Gesundheitsbewegungen, die er vorfand, mit alteingeführten Institutionen zu verbinden, deren hierarchische Spielregeln er willig beherrschte und deren Verwaltungseinrichtungen er ohne Überheblichkeit und ohne Berührungängste zu dienen gelernt hatte. So konnte er Motive der Aufbruchsbewegungen der jüngeren Generationen mit den Rationalisierungs- und Modernisierungsversuchen wohletablierter, aber oft unsicher finanzierter hierarchischer Institutionen verbinden. Während die Bewegungen noch über den Sinn eines Marsches durch die Institutionen diskutierten, war Pelikan schon dort und verknüpfte die Motive der Bewegungen mit der Sprechweise wechselnder Management-Moden. Damit stabilisierte Pelikan Parolen der Aufbruchsbewegungen über Jahrzehnte und über alle Ermüdungen der studierenden Aufbruchsgeneration hinweg.

System der Krankenbehandlung und System der (selbst)pflegerischen Gesundheitsförderung

Bei all diesen zeitaufwändigen jeweils aktuellen Geschäftsnotwendigkeiten war es bemerkenswert und für Viele überraschend, dass Jürgen Pelikan in den Jahren vor seiner Pensionierung ausgerechnet den inzwischen hochspezialisierten multidisziplinären Szenen im Gesundheitswesen mit *The Role of Theory in Health Promotion* (2007, Springer) die Beschäftigung mit den »Großtheorien« des Mutterfachs Soziologie dringlich nahelegte. Denn die Beschäftigung zum Beispiel mit C.S. Peirce, Mead, Max Weber, Parsons, Plessner, Gehlen, Luhmann, Habermas war selbst in den österreichischen und deutschen Gesellschaften für Medizinsoziologie (ÖGMS und DGMS) nicht gerade zentral in Projekten und Publikationen, obwohl alle diese Klassiker ihre

² Viele Kinder dieser 50 Jahre alten Aufbruchsbewegungen arbeiten heute im Netzwerk KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V.

soziologischen Grundlagen-Theorien auch am Gesundheitswesen entwickelt hatten. Eher war die Meinung verbreitet, Medizinsoziologie habe sich als ein eigenes selbständiges Fach neben der Allgemeinen Soziologie entfaltet – mit ganz eigenen Theorien und Ansätzen. Dieses inzwischen selbständige Fach gäbe es erst seit etwa 50 Jahren, eben so lange wie die erwähnten Fachgesellschaften. Fast nur die Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie vertrat in Deutschland die Position, Medizin- und Gesundheitssoziologie sei kein eigenes Fach, sondern ein wichtiges Untersuchungsfeld für Soziolog:innen. In diesem Feld wurden seit deutlich mehr als 100 Jahren Theorien der sogenannten Allgemeinen Soziologie keineswegs nur »angewendet«, sondern in ihren Grundlagen entwickelt und entfaltet. Erst durch die Kompetenz in sogenannter Allgemeiner Soziologie wird Medizin- und Gesundheitssoziologie, so Pelikan, für andere Disziplinen im Gesundheitswesen relevant und sogar fruchtbar. Er habe für sich die Großtheorie Luhmanns gewählt.

Lange vor Pelikan war einigen Interessierten an Luhmanns »Gesundheitssystem« aufgefallen, wie eigentümlich Luhmann dessen zentralen binären Code gefasst hatte. Während für die anderen Funktionssysteme immer derselbe Unterscheidungsbegriff positiv und negativ ausgedrückt den binären Code bilden – für das Rechtssystem »Recht vs. Unrecht«, für das Wissenschaftssystem »wahr vs. unwahr«, für das Wirtschaftssystem »Eigentum/Nichteigentum« beziehungsweise »zahlen/nichtzahlen« –, wählte Luhmann für das Gesundheitssystem nicht »krank vs. nicht krank«, sondern »krank vs. gesund«. Dabei war und ist im Sprachgebrauch »gesund« mehr als die Abwesenheit von Krankheit, mehr als »ohne Befund«. Man kann »behindert« und »chronisch krank« und zugleich ziemlich gesund Krisen bewältigen. Auch der Deutsche Bundestag definierte in Übereinstimmung mit der UNO und WHO im § 1 Sozialgesetzbuch IX einen positiven Begriff des gesundheitlichen Ziels: als *selbstbestimmte Teilhabe am Leben der Gesellschaft*. Diese selbstbestimmte Teilhabe ist chronisch erkrankten und Menschen mit Behinderungen möglich, auch wenn sie von ihrer chronischen Krankheit oder Behinderung nicht mehr »genesen« können. Die Gesundheitsförderung unheilbar chronisch erkrankter oder von Behinderungen eingeschränkter Personen ist in modernen Gesellschaften kein seltener Grenzfall, sondern eine massenhaft verbreitete Standard-Aufgabe.

Schon unmittelbar nach Luhmanns Theoretisierung des Gesundheitssystems als Krankenversorgungssystem wurde belegt, dass ein System der Gesundheitsförderung schon seit mindestens 2500 Jahren literarisch, umgangssprachlich und beruflich prominent ausdifferenziert und dokumentiert ist.

Es ist das System pflegerischer gesundheitsförderlicher Unterstützung. Es lässt sich spätestens seit den diätetischen Pflegeschriften von Kos, zum Beispiel »De Victu«, nachweisen. Man pflegt sich täglich oder lässt sich pflegen auch dann, wenn man nicht krank ist. Das Ziel der Pflege beschränkt sich keineswegs auf Heilung oder Vorbeugung von Krankheiten. Sondern ihr tägliches Ziel pflegerischer Gesundheitsförderung ist ebenso Schönheit, Funktionsfähigkeit, also »gepflegt und nicht ungepflegt« zu sein – und eben dadurch an genau den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben zu können, an denen man selbstbestimmt und nicht fremdbestimmt teilhaben will.

Dieses soziale System gesundheitsförderlicher Pflege verfügt genau über die vier Momente, deren Zusammenhang für soziale Systeme Luhmann 1975 und 1981 hervorhebt: 1. Es ist ausdifferenziert. 2. Es zeigt Ausdifferenzierung besonderer Codes für symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien. 3. Es hat Formen der Kombination von Geschlossenheit (Autopoiesis) und Offenheit auf der Ebene gesellschaftlicher Teilsysteme und ihrer Operationen. 4. Es erfreut sich relativer gesellschaftlicher Prominenz des so gebildeten Teilsystems.

Auf die Schriften zum System gesundheitsförderlicher Pflege, insbesondere De Victu, hatte sich Foucault bis an sein Lebensende bezogen. Bereits für Platon war das System gesundheitsförderlicher Pflege prominent und ausdifferenziert genug, um heftig gegen es zu polemisieren, und Goethe hat sich mit spitzen Bemerkungen gegen es gewehrt.³ Auch der etablierten Medizingeschichte war der Unterschied zwischen Medizin als Krankenbehandlung und Pflege als Diätetik der Lebensweise wohlbekannt. Etwas spitz, aber vermutlich zutreffend vermerkte die Medizinhistorikerin Weisser 1991: »Da zur Bekämpfung von Krankheiten und Schmerzzuständen nur wenige wirkungsvolle Mittel bekannt« gewesen seien, hätten sich die »hippokratischen« Wanderheiler von Kos auf die selbst- und berufspflegerische »Diätetik« konzentriert. Insofern schrieb Pelikan 2009 in der Österreichischen Zeitschrift für Soziologie plausibel über die »Ausdifferenzierung von spezifischen Funktionssystemen für Krankenbehandlung und Gesundheitsförderung«, auch wenn er nicht sah, dass das System der diätetisch pflegerischen Gesundheitsförderung bereits seit 2500 Jahren belegt und erörtert wurde.

Pelikans zwischenzeitlich vorgeschlagener binärer Code für ein System der Gesundheitsförderung »suboptimal gesund/optimal gesund« kennt allerdings kein Minimum, an dem man sich über einen Eingriff verständigen

3 Belege zusammenfassend in Behrens 1982 *Ausdifferenzierung* und 2019 in *Theorie der Pflege und der Therapie*, Hogrefe.

muss, und keinen Endpunkt, an dem man systemimmanent einen »erfüllt«-Haken machen kann. Wie konnte Luhmann – und eigentlich noch Pelikan – dieses seit 2500 Jahren belegte gesellschaftlich prominente Kommunikationssystem *neben* dem System der Krankenversorgung⁴ übersehen? Luhmann hat es wohl weniger übersehen, als es geringschätzen wollen. »Krankheitsvermeidungsratschläge wie: viel Spazieren gehen, mäßig essen, sich nicht aufregen etc.« nannte Luhmann 1993 in *Der medizinische Code* »lebensunpraktisch« und meinte: »Bei einer rationalen Einstellung zu Risiken ist es oft richtiger, den Schadenseintritt abzuwarten, als viel in (wahrscheinlich unnötige) Vorbeugung zu investieren [...] (Das muss nicht unbedingt gegen Zähneputzen sprechen.)« So geriet Luhmann das mächtige System anscheinend gesundheitsförderlicher diätetischer Pflege mit all seinen Risiken und Nebenwirkungen aus dem Blick.

Für Pelikan hingegen waren die Funktionssysteme der Krankenversorgung und der Gesundheitsförderung so weit ausdifferenziert, dass es für ihn nun sinnvoll wurde, sogar den Krankenhäusern die Gesundheitsförderung als Aufgabe von außen anzudienen, im internationalen Netzwerk »Gesundheitsfördernder Krankenhäuser«. Dieser durchaus kämpferische Begriff »Gesundheitsförderndes Krankenhaus« war ebenso wenig doppelt gemoppelt, ein *Hendiadyoin*, wie die Begriffe der »Gesunden Städte« oder sogar des »Gesunden Österreich«.

Jürgen Pelikan wird mit mindestens drei Verdiensten als Geschichte machende Persönlichkeit im Gedächtnis bleiben: erstens als Vermittlungsagent zwischen alten hierarchischen Einrichtungen und neuen Bewegungen in einem bestimmten historischen Moment, zweitens als Beobachter der Ausdifferenzierung der beiden Funktionssysteme Krankenbehandlung und Gesundheitsförderung und drittens als – auch durch seine Biographie höchst authentischer – Mahner, Medizin- und Gesundheitssoziologie nicht als eigenes Fach zu verstehen, sondern als Forschungs- und Fortbildungsfeld für die Grundlagen der allgemeinen Soziologie. Interdisziplinarität setzt starke Disziplinen voraus.

Johann Behrens

4 »Medizin ist ein System des Umgangs mit Krankheit und nicht ein System der Herstellung von Gesundheit«, schrieb Luhmann 1993.

In memoriam Peter Gross (3. Oktober 1941 – 25. Januar 2023)

Anfang dieses Jahres verstarb Peter Gross im 82. Lebensjahr an seinem Wohnort St. Gallen. Gross ist vor allem berühmt geworden mit seinem Werk »Die Multioptionengesellschaft«, das im Suhrkamp-Verlag seit der Erstveröffentlichung 1994 inzwischen in seiner 11. Auflage erschienen ist.

Gross wuchs in der Ostschweiz auf, absolvierte das Lehrerseminar und arbeitete zwei Jahre als Grundschullehrer. Danach studierte er Soziologie und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Zürich und vor allem Bern, wo er 1966 sein Lizentiat und 1969 sein Doktordiplom erhielt. In den folgenden Jahren hatte er eine Assistenz bei Kurt Lüscher an der Universität Konstanz und nahm Lehraufträge in Freiburg im Breisgau wahr. Von 1972 bis 1979 politisierte er nebenher als Kantonsrat der SP im Thurgauer Parlament. 1979 habilitierte er sich mit der Schrift »Die Verheißungen der Dienstleistungsgesellschaft – Soziale Befreiung oder Sozialherrschaft?« an der Universität Konstanz (Gutachter: Horst Baier, Franz-Xaver Kaufmann und Thomas Luckmann). Die überarbeitete Habilitationsschrift erschien 1983 im Westdeutschen Verlag. Darin fasste er den damaligen Stand der Theorien der Dienstleistungsgesellschaft konzis zusammen, mit einem speziellen Fokus auf personenbezogene Dienstleistungen, und diskutierte das sozialpolitische Korrelat dieser Theorien: die dienstleistungsintensive Sozialpolitik.

Gleich nach der Habilitation wurde Gross 1980 auf eine Professur für Soziologie und Sozialstruktur im internationalen Vergleich an die Otto-Friedrich-Universität Bamberg berufen. 1989 folgte er einem Ruf auf den Lehrstuhl für Soziologie an der Universität St. Gallen, wo er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2006 blieb. Die renommierte Wirtschaftsuniversität bot ihm ein verlockendes, erweitertes Betätigungsfeld. Zwar verantwortete Gross eine lange Reihe drittmittelgeförderter Projekte – über Schattenarbeit, Selbstständige im Strukturwandel, Reproduktionsmedizin, Alterspolitik schweizerischer Unternehmungen und schließlich die Informatisierung des Managements –, sein Herzblut galt allerdings seinen Buchprojekten und seiner publizistischen Tätigkeit. Er war mit der dezidierten Ambition nach St. Gallen gekommen, sich mit einem Buch zu profilieren, das wie bei seinen damaligen Bamberger Kollegen Ulrich Beck (»Die Risikogesellschaft«) und Gerhard Schulze (»Die Erlebnisgesellschaft«) nicht nur im soziologischen Fach diskutiert, sondern in einer breiteren Öffentlichkeit Resonanz finden würde. Mit der »Multioptionengesellschaft« ist ihm dies gelungen und die Prägung eines Begriffs geglückt, der längst in den Allgemeinwortschatz eingegangen ist.

Der zentrale Gedanke hinter diesem »wortungetümen Titel« (Vorwort) ist, dass der Modernisierungsprozess durch drei Kernprozesse vorangetrieben wird: Erstens die laufende Steigerung von Optionen, die sich augenfällig in der unüberblickbaren Vielfalt des Waren- und Dienstleistungsangebots manifestiert. Zweitens der Prozess der »Entobligationierung«, der die herkömmlichen Traditionen zu Optionen umschmilzt und auch auf der Ebene der Lebensstilgestaltung eine Vielfalt neuer Handlungsoptionen ermöglicht. Was früher eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit war – der sonntägliche Kirchgang, die Heirat, die Gründung einer Familie – ist nicht mehr verpflichtend, besteht als Option hingegen weiter. Insofern weist dieser ungewöhnliche Begriff der Entobligationierung eine größere Begriffsschärfe auf als der verbreitete Begriff der Detraditionalisierung, der eine Auflösung und ein Verschwinden der Traditionen suggeriert. Der dritte Kernprozess ist schließlich die Individualisierung: Angesichts schwindender normativer Leitplanken wird die Gesellschaft immer pluralistischer und die Vielfalt an Lebensweisen nimmt laufend zu – jeder Mensch muss nun selbst entscheiden, wie er handeln will.

Gross war ein aufmerksamer Beobachter des Alltagslebens. Er interessierte sich brennend dafür, wie die Akteure mit der Optionsvielfalt zurende kommen, welche Strategien der Komplexitätsreduktion sie anwenden, welche neuen Routinen sie ausbilden. Eifrig sammelte er Beispiele, selbstbeobachtete wie auch Geschichten Anderer oder solche aus Literatur und Massenmedien. Wie man sich angesichts der Warenvielfalt entscheidet, interessierte ihn allerdings am wenigsten. Soziologisch wesentlich interessanter sind neue Lebensweisen und Beziehungsformen – zum Beispiel Single-Haushalte oder multiple Elternschaften in Patchwork-Familien – und insbesondere die Vielfalt an Sinnangeboten, die neben die traditionellen religiösen Werte getreten ist. In der heutigen Moderne scheinen alle gesellschaftlichen Bereiche von einem Steigerungsimperativ erfasst zu werden: *bigger, better, faster, more*. Überall lastet auf dem Einzelnen die Aufgabe, sich zwischen multiplen Optionen zu entscheiden.

Viele Menschen fühlten sich durch das Konzept der Multioptionsgesellschaft unmittelbar angesprochen, die Analyse von Gross spiegelte ihre eigenen Alltagserfahrungen wider. Die Optionsvielfalt fördert die persönliche Freiheit, impliziert aber auch einen Entscheidungszwang. Da und dort gibt es auch Gegenbewegungen: religiöse Gemeinschaften mit restriktiven Normen (zum Beispiel Sekten), neokonservative Strömungen oder ökologisch begründeter Konsumverzicht. Gross war indes überzeugt, dass sich

die Steigerungsdynamik langfristig durchsetzen werde. Und in der Tat: Wer hätte vor 30 Jahren gedacht, dass heute selbst die Geschlechtszugehörigkeit frei gewählt werden kann? Wie visionär die »Theorie« der Multioptionsgesellschaft war, zeigt sich gerade heutzutage: Während der Corona-Pandemie hatten zahlreiche Auguren eine fundamentale Transformation der Gesellschaft prophezeit, doch danach wünschte sich die große Mehrheit der Bevölkerung vielmehr die frühere Optionsvielfalt zurück. Mit voller Wucht manifestiert sich die Multioptionsgesellschaft inzwischen in den virtuellen Welten, die sich dank Internet, Smartphones und *social media* entfalteten. Die *FOMS* (*fear of missing something*) grassiert, die eigene Selbstdarstellung muss laufend verbessert werden.

Diese Entwicklung hat Gross nur am Rande mitbekommen. Er selbst beschäftigte sich mit anderen Fragen, zunächst vertieft mit der Individualisierung. Dank der Entobligationierung wird die dritte Moderne zu einer Ich-erweckungsbewegung, tritt ein ins Unabhängigkeitsjahrhundert und jagt den selbstentworfenen Möglichkeiten nach. Wer ich bin, wird ungewiss, denn »ich bin viele« – die Suche nach dem eigenen Ich, dem Ich-Selbst, wird zur zentralen Aufgabe; das ist Individualisierung hoch zwei, denn die Gegenwart ist stets nur transitorisch, die Zukunft wird so viele weitere Möglichkeiten eröffnen. »Ich-Jagd« nennt Gross sein Buch (1999, Suhrkamp) – eine Jagd, die niemals abgeschlossen sein wird. Die Ursache dieses Vorwärtstrebens erblickt Gross im Erlösungsgedanken des Christentums – eine Erlösung, die nun innerweltlich angestrebt wird.

Diesen Gedanken entwickelt er in »Jenseits der Erlösung« weiter (2007, transcript). Auf der Basis der Multioptionsgesellschaft, die das kirchliche Curiositas-Verbot abgeschafft, die Gottes-Suche durch eine Ich-Sucht ersetzt hat und eine Fülle unterschiedlicher Sinnangebote bereithält, kritisiert er die christlichen Theologen, die dogmatisch an der klassischen Erlösungsbotschaft festhalten, obwohl dies unter modernen Reflexionsbedingungen niemand mehr glaubt. Gross wagte es, als Kulturosoziologe ein theologisches Traktat zu schreiben, das anstelle der illusionären Erlösungsrhetorik eine Neudeutung der christlichen Heilsgeschichte empfiehlt. Der Jenseitsglaube sei längst einem Diesseitsglauben gewichen, daher gelte es, die traditionelle Eschatologie, die Lehre von den letzten Dingen am Ende der Zeiten, umzudeuten: Statt eine finale Erlösung zu versprechen, sollte vielmehr gelehrt werden, dass die Welt unvollkommen und widersprüchlich und das menschliche Leben endlich ist, und es darum geht, dies gelassen zu akzeptieren.

Gross hielt dies für sein bestes Buch, es erhielt auch gute Rezensionen, sprach aber vor allem theologisch interessierte Kreise an. Wesentlich mehr Breitenwirkung erzielten seine Beiträge über das Altern. Insbesondere mit seinen beiden Büchern »Glücksfall Alter« (2008, mit Karin Fagetti) und »Wir werden immer älter. Vielen Dank. Doch wozu?« (2013, beide Herder) wehrte er sich vehement gegen die üblichen Defizitdiskurse von der »Überalterung der Gesellschaft« und dem »Altern als körperlicher Zerfall«. Man darf neue Herausforderungen nicht mit alten Antworten anpacken, sondern muss das Alter neu erfinden. Es gibt keine normale, richtige oder »natürliche« Alterspyramide, jede Gesellschaft muss die realen Gegebenheiten akzeptieren. Dass sich die Lebensspanne während der letzten zweihundert Jahre verdoppelt hat, ist ein Glücksfall, und es gilt, für die gewonnene zusätzliche Lebensphase einen neuen Sinn zu finden. Zudem könnte der größer werdende Anteil der Alten in unserer fortschritts- und wachstumsgläubigen, ihre Ressourcen verzehrenden Gesellschaft ein mäßigendes, entschleunigendes Gegengewicht bilden.

Überblickt man sein Werk, wird deutlich, dass er sich in späteren Jahren immer mehr vom soziologischen Fachdiskurs abwandte, die eigenen Fachgrenzen überschritt und eine interdisziplinäre, übergreifende Perspektive einnahm. Lange vor dem Hype um eine *public sociology* sah er sich als Autor, der sich an ein breites Publikum wandte. So schrieb er laufend Zeitungsartikel, hielt an vielen Orten Vorträge und war ein gern gesehener Gastredner auf Weiterbildungsveranstaltungen und Teilnehmer an Podiumsgesprächen, auch in Radio und Fernsehen. Er fiel durch seine originellen Ideen auf, durch seine Bereitschaft zu provozieren und leidenschaftliche Streitgespräche zu führen. Gross stieß auf breite Resonanz: Im Intellektuellen-Ranking der Zeitschrift Cicero rangierte er 2006 unter den zehn einflussreichsten Denkern der Schweiz, und 2016 wurde ihm »für sein wegweisendes wissenschaftliches und literarisches Schaffen« der Große Kulturpreis der St. Gallischen Kulturstiftung verliehen.

Im zwischenmenschlichen Kontakt war Peter Gross ein umgänglicher Mensch. Mit seinen originellen Ideen wirkte er inspirierend, und indem er sie täglich weiterentwickelte, strömte er Begeisterung aus. Er war gesellig, hatte einen untrüglichen Sinn für die Komik von Alltagssituationen, war ein grandioser Geschichtenerzähler und konnte spontan witzige Reden halten. Er beeindruckte durch seine Ausdrucksgewandtheit in Wort und Schrift, Vorlesungen und Vorträge konnte er manuskriptfrei halten. Er hatte ein

phänomenales Gedächtnis und konnte fast alles, was er mal in Sozialwissenschaften, Kunstgeschichte und Literatur gelesen hatte, jederzeit abrufen. Zudem hatte er die Gabe, sich rasch in ein neues Gebiet einarbeiten und bald kompetent an den jeweiligen Diskursen teilnehmen zu können. Alltagspraktische Angelegenheiten hingegen delegierte er gerne an Andere. Ein besonderer Wesenszug war sein Talent, in jeder Problemlage immer auch das Positive zu erkennen. So ist zwar sein persönliches Erschrecken über die zunehmende Ungewissheit und Orientierungslosigkeit und den Zerfall normativer Leitplanken in der modernen Gesellschaft deutlich spürbar, doch letztlich obsiegte bei ihm immer der Optimismus. Ich selbst hatte das Vergnügen, von 1989 bis 2006 gemeinsam mit ihm das Seminar für Soziologie zu leiten, und obwohl unsere Persönlichkeiten grundverschieden waren, funktionierte unsere Zusammenarbeit gut. Wir hatten immer ein super Team und sind nahe Freunde geworden.

Thomas S. Eberle

Habilitationen

Dr. Thomas Matys hat sich 23. Februar 2022 an der FernUniversität in Hagen habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Rating-Agenturen im Finanzmarktkapitalismus. Genese – Praktiken – Felder«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers

Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns

4. Wissenschaftsworkshop am 19. und 20. Oktober 2023 in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Berlin

Die Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn (Mindestlohnkommission) organisiert einen Workshop zum wissenschaftlichen Austausch über aktuelle, noch nicht als Artikel veröffentlichte Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns (»work in progress«). Willkommen sind quantitative und qualitative Beiträge, die sich auch auf spezifische Zielgruppen, Regionen oder Branchen beschränken können. Zudem sind in diesem Jahr Analysen im Kontext von Inflation und entsprechender Anpassungsmaßnahmen von besonderem Interesse. Grundsätzlich relevante Themen entlang der gesetzlichen Evaluationskriterien (vgl. auch Berichte der Mindestlohnkommission) sind:

- Auswirkungen des Mindestlohns auf den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (z.B. Lohnstruktur, Erwerbsbiografien, soziale Sicherung, Hilfebezug bei Erwerbstätigkeit, Umsetzung des Mindestlohns)
- Auswirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigung (z.B. Beschäftigungsniveaus, Bezug von Kurzarbeitergeld, Übergänge und Mobilität, Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit sowie das Aus- und Weiterbildungsbildungsgeschehen)
- Auswirkungen des Mindestlohns auf die Wettbewerbsbedingungen (z.B. betriebliche Anpassungsmaßnahmen, Preise und Produktivität, Wettbewerbssituation bzw. -intensität, makroökonomische Indikatoren)

Diese Liste ist nicht als abschließend zu begreifen. Darüber hinausgehende Themen sind ebenfalls erwünscht. Vortragsangebote zu aktuellen Forschungsprojekten (Vorstellung von Zwischenergebnissen laufender Projekte, von Arbeitspapieren etc.) können in Form von aussagekräftigen Exposés

(max. 5.000 Zeichen) bis zum **7. August 2023** eingereicht werden. Bitte senden Sie Ihren Beitrag per E-Mail an die Adresse geschaeftsstelle@mindestlohn-kommission.de.

Eine Rückmeldung über die Annahmeentscheidung erhalten Sie bis zum 8. September 2023. Die Veranstaltung wird von der Vorsitzenden der Mindestlohnkommission, Christiane Schönefeld, sowie den wissenschaftlichen Mitgliedern, Prof. Dr. Dr. h.c. Lars Feld und Prof. Tom Krebs, PhD, begleitet. Der Workshop ist grundsätzlich als Präsenzveranstaltung in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Nöldnerstraße 40-42, 10317 Berlin, geplant. Die Durchführung der Veranstaltung im Hybrid- oder Onlineformat behalten sich die Veranstalter vor. Tagungsgebühren werden nicht erhoben. Reisekosten werden entsprechend der Richtlinien des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) erstattet. Bei Fragen können Sie sich gerne an die Geschäftsstelle der Mindestlohnkommission wenden:

E-Mail: geschaeftsstelle@mindestlohn-kommission.de

Telefon: 030/51548-4194

Drecksarbeit. Materialitäten, Semantiken und Praktiken von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart

3. Konferenz der GLHA vom 13. bis 15. November 2024 im Museum für Kunst und Kulturgeschichte, Dortmund

Im Mittelpunkt der dritten Konferenz der German Labour History Association (GLHA) stehen geistes- und gesellschaftswissenschaftliche, v.a. historische Zugänge zu ›Drecksarbeit‹ von der Frühen Neuzeit bis zum 21. Jahrhundert.

Soziale Hierarchien, gesellschaftliches Ansehen und kulturelles Kapital werden nicht zuletzt über Arbeit beziehungsweise berufliche Tätigkeiten verhandelt. Sie werden symbolisch hervorgehoben durch Codes wie die Farbe des Hemdkragens oder semantische Chiffren wie ›Drecksarbeit‹. Als sogenannte Drecksarbeit gelten allgemein Tätigkeiten, von denen angenommen wird, dass ihre Ausübung mit Widerwillen geschieht, dass sie sozial beziehungsweise moralisch fragwürdig sind, oder dass sie mit widrigen Arbeitsumständen verbunden sind. Drecksarbeit wird als ›disgusting or degrading‹ gewertet (Simpson: *Embodying Dirty Work*, 2018). Sie auszuführen,

kann bedeuten, Arbeit unter schwierigen und prekären Bedingungen zu leisten, in physischen Kontakt mit abjekter Materie zu treten und für diese Tätigkeit stigmatisiert oder sogar kriminalisiert zu werden.

Deutlich wird: Die sogenannte Drecksarbeit ist ein Zuschreibungsphänomen, das Fragen nach Materialitäten und Semantiken, nach kulturellen Praktiken und Ökonomien aufwirft. Sie eröffnet einen gesellschaftlichen Diskurs, der auch in Literatur, Bildender Kunst und Medien gestaltet, geprägt und verhandelt wird. Die strukturelle Bedeutung von als »Drecksarbeit« eingeordneten Tätigkeiten wird dagegen vor allem dann sichtbar, wenn sie nicht mehr reibungslos ausgeführt werden, etwa wenn die Müllabfuhr oder die Pflegekräfte streiken.

Als Selbst- oder Fremdzuschreibung dient »Drecksarbeit« der Etablierung und Legitimierung von Hierarchien. Bei der Untersuchung von »Drecksarbeit« stellt sich unmittelbar die Frage nach Relationen und Zuschreibungen zwischen Akteur:innen, Kontexten, Materialitäten und Praktiken: Wer bezeichnet in welchem Kontext etwas als »Drecksarbeit«; welche Bilder werden von »Drecksarbeit« und ihren Subjekten gezeichnet; welche Hierarchien, Machtverhältnisse und Beziehungskonstellationen entstehen dabei oder begünstigen Zuschreibungsprozesse; welche Grenzziehungen von Differenz und Fremdheit werden dabei sichtbar? Bereiche wie die der Sexarbeit, des Müll- oder Pfandsammelns, aber auch andere Arbeitsfelder, wie zum Beispiel Reinigungsarbeiten, bieten sich an, um über Fragen nach der Bedeutung von Dreck, und dem vermeintlichen Gegensatz oder Korrelationen zwischen »schmutziger« und »sauberer« Arbeit nachzudenken – so etwa auch im Fall der Computerarbeit, die als sauber gilt, aber Dreck produziert.

Folgende Fragen könnten im Rahmen der interdisziplinären Konferenz adressiert werden: Wann und wie werden Tätigkeiten in verschiedenen historischen Kontexten, in Erzählungen und Medien als »Drecksarbeit« konnotiert? Was wird dabei als Dreck verstanden – und wer oder was bestimmt darüber, was als »Drecksarbeit« gilt? Welche Korrelationen und Verhältnisse lassen sich zwischen race, class, gender, (dis)ability, Alter und »Drecksarbeit« ausmachen und wie lassen sie sich beschreiben? Wie hat sich die Wahrnehmung von sogenannter Drecksarbeit seit der Frühen Neuzeit bis heute gewandelt, welche Verschiebungen gab es angesichts des sich ebenfalls wandelnden subjektiven und gesellschaftlichen Umgangs mit Dreck oder Schmutz? Welche subjektiven Umgangsstrategien mit Stigmatisierungen werden thematisiert? Wird »Drecksarbeit« zukünftig sichtbarer auf einem globalen Arbeitsmarkt mit unsicheren und prekären Arbeitsbedingungen?

Wir begrüßen Beiträge, die den Blick über den Nationalstaat und den Globalen Norden hinaus erweitern, etwa durch eine transnationale/globalhistorische Perspektive auf sogenannte Drecksarbeit. Dabei können die Beiträge die oben aufgeworfenen Fragen berücksichtigen, jedoch auch darüberhinausgehende Fragen aufwerfen.

Für die interdisziplinäre Konferenz sind Beiträge aus dem gesamten Spektrum der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften willkommen, insbesondere der Geschichtswissenschaft, Literatur- und Kulturwissenschaft und Soziologie. Die Konferenzsprache ist Deutsch, englischsprachige Beiträge sind möglich. Reisekosten und Unterkunft werden für Vortragende übernommen.

Die Tagung wird von der German Labour History Association (GLHA) in Kooperation mit dem Fritz-Hüser-Institut für Literatur und Kultur der Arbeitswelt, der FernUniversität in Hagen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Museum für Kunst und Kulturgeschichte in Dortmund organisiert. Informationen zur GLHA finden Sie auf der Webseite www.germanlabourhistory.de.

Zu Vorbereitungsteam gehören Iuditha Balint (Fritz-Hüser-Institut für Literatur und Kultur der Arbeitswelt), Mareen Heying, Vanessa Höving (FernUniversität in Hagen) und Bernd Hüttner (Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Bitte senden Sie Ihr Abstract mit etwa 400 Wörtern und ein kurzes akademisches CV (maximal eine Seite) bis zum **23. Oktober 2023** an:

Mareen Heying

E-Mail: mail@mareenheyning.de und

Vanessa Höving

E-Mail: vanessa.hoeving@fernuni-hagen.de

Tagungen

Ungleichheiten in Ost- und Westdeutschland – Persistenz oder Wandel?

Gemeinsame Tagung der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstruktur-analyse und des Sonderforschungsbereichs Transregio 294 »Strukturwandel des Eigentums« am 25. und 26. September 2023 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Wie haben sich soziale Ungleichheiten in Ost- und Westdeutschland nach über 30 Jahren der Wiedervereinigung entwickelt? Trotz zahlreicher soziologischer Untersuchungen fallen Antworten auf diese Frage sehr unterschiedlich aus. So deuten einige empirische Befunde auf eine Angleichung zwischen Ost und West hin: Beispielsweise haben sich Arbeitsmarktungleichheiten im Hinblick auf Arbeitslosigkeit oder die Erwerbsquoten von Frauen und Männern zwischen Ost und West angenähert. Auch sind Armutsquoten in beiden Teilen Deutschlands inzwischen ähnlich hoch.

Die Mehrzahl der Befunde zeugt jedoch von einer Persistenz ungleicher Lebenschancen zwischen Ost- und Westdeutschland. So erzielen Beschäftigte in Ostdeutschland weiterhin geringere Löhne und sind häufiger von prekären Arbeitsbedingungen betroffen als in Westdeutschland. Auch in Bezug auf Privateigentum sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nach wie vor eklatant, da Ostdeutsche sehr viel weniger Vermögen und insbesondere weniger Wohneigentum besitzen. Hinzu kommt, dass Elitepositionen in Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft bis heute noch kaum von ostdeutschen Personen besetzt werden. Auch die Geschlechterverhältnisse unterscheiden sich weiter deutlich, jedoch in umgekehrter Richtung. So schreibt sich der Modernisierungsvorsprung der in der DDR sozialisierten Frauen fort und resultiert in einem geringeren Gender Pay Gap, Gender Pension Gap und Gender Wealth Gap in Ostdeutschland. Obwohl Frauen in beiden Teilen Deutschlands den größten Teil der unbezahlten Fürsorge- und Hausarbeit leisten, ist

der Gender Care Gap in Ostdeutschland ebenfalls geringer als in Westdeutschland. Schließlich zeigen sich weiter deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bei Norm- und Wertvorstellungen, sei es in Bezug auf Ungleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen, Geschlechterkonstruktionen, Einstellungen zu Mutterschaft und Kinderbetreuung, politische Einstellungen, Wahlverhalten oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Hinzu kommen allerdings neue Formen von Ungleichheiten, die sich innerhalb von Ost- und Westdeutschland in unterschiedlichem Maße ausgebildet haben und dadurch die Grenzen zwischen Ost- und Westdeutschland möglicherweise verwischen. So haben sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte die ungleichen Lebensbedingungen zwischen städtischen und ländlichen Lebensräumen im Zuge des demografischen Wandels in Ostdeutschland deutlich stärker auseinanderentwickelt als dies in Westdeutschland der Fall ist. Ähnliches gilt für die Armutsegregation in Städten, die inzwischen ebenfalls im Osten sehr viel größer ist als im Westen. Darüber hinaus zeigen sich im Osten neue Ungleichheiten im Bildungsbereich, z.B. hinsichtlich des Anteils von Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen oder mit Blick auf Chancenungleichheiten zwischen Schüler:innen auf privaten und öffentlichen Schulen. Offen ist zudem, inwiefern aktuelle Entwicklungen, wie z.B. die Corona-Pandemie, die Care-Krise oder die Digitalisierung von Arbeit die Ungleichheiten zwischen Ost und West verändern.

Angesichts dieser komplexen Gemengelage möchten wir die Frage nach Stand, Entwicklung und Ursachen von Ungleichheiten in Ost- und Westdeutschland auf der Tagung neu aufwerfen. Unser Ziel ist es, empirische Befunde aus qualitativen, quantitativen oder Mixed-Methods-Studien zusammenzubringen, die den Wandel, die Persistenz oder die Neuentstehung von Ungleichheit in Ost- und Westdeutschland näher beleuchten. Daneben planen wir auch theoretische Beiträge, die Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland konzeptualisieren.

Die Tagung wird von Agnieszka Althaber (SFB 294, Universität Jena), Johannes Giesecke (Sektion Soziale Ungleichheit, Humboldt Universität zu Berlin), Kathrin Leuze (Sektion Soziale Ungleichheit, SFB 294, Universität Jena), Robin K. Saalfeld (SFB 294, Universität Jena) und Sylka Scholz (SFB 294, Universität Jena) organisiert. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an

herbsttagung@soziale-ungleichheit.de

Gesundheit – Umwelt – Gesellschaft

Umwelt- und Gesundheitssoziologie im Gespräch

Gemeinsame Herbsttagung der Sektionen Medizin- und Gesundheitssoziologie und Umwelt- und Nachhaltigkeitssoziologie am 5. und 6. Oktober 2023 an der Universität Bamberg

»Erst stirbt die Biene, dann der Mensch«, »Die Natur ist die beste Apotheke« – solche und andere Sinnsprüche verdeutlichen, dass die Erhaltung von Gesundheit ein starkes Motiv sowohl für Naturerkenntnis, als auch für die Suche nach umweltfreundlichen beziehungsweise naturnahen Lebensstilen ist. Die – räumliche wie kulturelle – Entfernung von Natur wird in öffentlichen Diskussionen immer wieder als Ursache für problematische, nicht zuletzt gesundheitsgefährdende Lebensziele und -praktiken angeführt. Dass sich Menschen ungesund ernähren und, in großen Städten lebend, physischem und psychischem Stress ausgesetzt sind, wird als falsche Lebensweise gegenüber einer richtigen, weil: natürlichen, abgegrenzt. Dem pflichten auch wissenschaftliche Studien bei, die z.B. die zunehmende Entfremdung der Menschen von Natur untersuchen. Schon im Millennium Ecosystem Assessment, einer 2001 von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen und 2005 publizierten Studie, wurde systematisch erforscht, wie Ökosystemdegradationen global menschliches Wohlbefinden beeinflussen. Und während der Corona-Pandemie ist vom Weltbiodiversitätsrat IPBES ein Workshop-Bericht publiziert worden, der ein »Zeitalter der Pandemien« prophezeit, wenn sich der derzeitige Umgang des Menschen mit der Natur fortsetze.

Kulturgegeschichtlich betrachtet sind diese Vorstellungen der ins Negative gewendete Ausdruck einer Erfolgsgeschichte, in der Gesundheit, höhere Lebenserwartung und Wohlbefinden durch die Abwehr von Naturgefahren erreicht wurden – etwa durch die Ausrottung von Raubtieren, die Bändigung von Flüssen, die Trockenlegung von Mooren oder die Sicherstellung von Ernährung mit Hilfe von Mineraldüngern, Pestiziden, Herbiziden und Agrartechnik. Dass sich mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt auch medizinisch-pflegerisches Wissen in einer Weise entwickelte, die nicht zuletzt die Bewältigung des pandemisch ausgebreiteten Krankheitserregers SARS-CoV-2 und der Infektionskrankheit COVID-19 ermöglichte, ist in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnenswert.

Diese Erfolgsgeschichte hat aber eine Kehrseite: Durch die zwar ungleich verteilte, aber weltweit insgesamt enorme Verbesserung von Wohlstandsniveau und Gesundheit sind die natürlichen Lebensgrundlagen stark

gefährdet (u.a. Wälder, Trinkwasser, Ozeane, Klima, Artenvielfalt). Zu den Ursachen der COVID-Pandemie zählen auch zerstörte Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Dies hat bei einigen Public-Health-Wissenschaftler*innen zu einem erweiterten Verständnis dieses Fachgebietes geführt, das mit den Konzepten *One Health*, *Planetary Health* oder *EcoHealth* beschrieben werden kann. Dabei wird eine weitere Verbesserung des Wohlstandes und der Gesundheit des Menschen auf Kosten der Natur kritisch gesehen.

Vor diesem Hintergrund der vielfältigen Überschneidungen von Themen der Medizin- und Gesundheitssoziologie einerseits und der Umwelt- und Nachhaltigkeitssoziologie andererseits halten die beiden Sektionen eine gemeinsame Herbsttagung ab. Es geht darum, dieses hoch aktuelle Forschungsfeld aus einer soziologischen Perspektive auszuleuchten, begrifflich-theoretische und methodische Zugänge zu sichten und Wissenschaftler*innen aus beiden Bindestrichsoziologien miteinander ins Gespräch zu bringen.

Aus der Sicht einer Soziologie, die sich sowohl mit Umwelt-Gesellschaft-Beziehungen als auch mit der menschlichen Gesundheit befasst und Grundfragen sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Diskurse im Blick behält, stellen sich unter anderem folgende Fragen:

1. Welche aktuellen und historischen Beziehungen von Umweltveränderungen (z.B. Klimawandel, Artensterben, Luftverschmutzung, Infrastrukturausbau, etc.) und Gesundheit und Wohlbefinden lassen sich empirisch identifizieren, beschreiben und analysieren?
2. Inwiefern sind Umwelt- und Gesundheitsprobleme diskursiv oder in bestimmten Handlungsfeldern (z.B. Ernährung) miteinander verbunden, mit welchen Konsequenzen?
3. Blockieren nationale und internationale Verteilungs- und Gerechtigkeitsprobleme umweltadäquates wie auch gesundheitsförderliches Verhalten?
4. Was lässt sich aus den wirksamen kurzfristigen Governance-Maßnahmen während der COVID-19-Gesundheitskrise im Hinblick auf das stetige Scheitern bei der Vermeidung langfristiger ökologischer Gefährdungen lernen?
5. Wie wirken sich innerwissenschaftliche Konflikte zwischen Natur- und Geisteswissenschaften um Deutungshoheiten auf das Potential komplexer Gesellschaften zu Transformationen und zur Bewältigung von Krisen aus? Inwieweit werden z.B. durch die in Teilen der Geisteswissenschaften geteilte Kritik an der Hegemonie der Naturwissenschaften auch die aus naturwissenschaftlichen Tatsachen abgeleiteten Notwendigkeiten in Frage gestellt?

6. Wie sind Maßnahmen in Gesundheits- oder Umweltkrisen in den Bereichen Public Health oder in der Umweltpolitik demokratisch zu legitimieren? Und wie ist die Ambivalenz der Forderung nach Freiheit z.B. angesichts der Corona-Beschränkungen oder der Einschränkungen der Mobilität oder des Konsums zum Schutz der Umwelt einzuschätzen?

Neben empirischen (quantitativen und qualitativen) Beiträgen, die Forschungsergebnisse begrifflich-theoretisch in das Schnittfeld »Umwelt, Gesundheit, Gesellschaft« einordnen, und interdisziplinären Vorträgen aus dem inner- und außereuropäischen Kontext (auf Deutsch oder Englisch) sind auch andere Beitragsformate (z.B. Poster, Podcast) angedacht. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an

Jens Jetzkowitz

E-Mail: jens.jetzkowitz@thuenen.de oder

Rasmus Hoffmann

E-Mail: rasmus.hoffmann@uni-bamberg.de.